

Enthüllungen zum Corona-Ursprung: Was wusste Merkel wirklich?

Herbert Kickl fordert eine umfassende Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, nachdem neue BND-Erkenntnisse zur Entstehung des Virus bekannt wurden.

Wuhan, China - Der Streit um den Ursprung des Coronavirus und die Corona-Maßnahmen in Deutschland und Österreich wird durch neue Informationen des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) angeheizt. FPÖ-Chef Herbert Kickl hat sich nach Berichten, die die Wahrscheinlichkeit eines Laborunfalls in Wuhan als Ursprung der Pandemie nahelegen, zu Wort gemeldet. Diese Erkenntnisse wurden bereits 2020 an die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel weitergegeben, doch das Kanzleramt hat die brisanten Informationen geheim gehalten. Kickl kritisiert die früheren Regierungsparteien für das „freiheitsfeindliche Zwangsregime“, dem die Bevölkerung während der Pandemie ausgesetzt war. Er überzeugt, dass die Wahrheit über den Ursprung von Corona und die darauf basierenden Maßnahmen jetzt auf den Tisch kommen muss, um zukünftige Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wie [krone.at](https://www.krone.at) berichtet.

Politische Verantwortung und Aufarbeitung gefordert

In seiner vehementen Ansprache hebt Kickl hervor, dass Merkels Regierung die Bevölkerung mit „Fake News“ informierte und damit falsche Horrorszenarien zeichnete, die zu übertriebenen Maßnahmen führten. Dies wirft laut Kickl viele Fragen auf: Was wussten die schwarz-grünen Regierungsmitglieder tatsächlich,

und war dies alles eine bewusste Täuschung? Er fordert eine gründliche Aufarbeitung der Geschehnisse, um sicherzustellen, dass Gerechtigkeit gewährt und Wiedergutmachung geleistet wird. Diese Ansprüche untermauert er mit Hinweisen auf Protokolle des Robert Koch-Instituts und geleakten Dokumenten, die zeigen, dass während der Pandemie häufig gegen Expertenmeinungen verstoßen wurde, wobei die Regierung stets von evidenzbasierten Entscheidungen sprach, wie **ots.at** berichtet.

Kickl kritisiert die Handhabung der Regierung gegenüber Kritikern der Corona-Maßnahmen und der Demonstranten, die als „Covidioten“ oder „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert wurden. Insbesondere die Äußerungen von Politikern, die Ungeimpften das Recht absprachen, in Österreich zu leben, wurden als besonders krass empfunden. Kickl betont, dass trotz der damaligen Angriffe auf die Kritiker des Maßnahmenregimes nun klar sei: Die FPÖ und ihre Unterstützer hatten recht, während die Regierung Unrecht hatte. Der FPÖ-Chef kündigte an, dass die Partei auch weiterhin für Gerechtigkeit und Aufarbeitung kämpfen wird, um sicherzustellen, dass sich ein derartiges Zwangsregime nie wieder wiederholt.

Details	
Vorfall	Zwangsregime
Ort	Wuhan, China
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at